

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	Seite V
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLI

A. Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

1. Einführung	1
1.1 Die Buchführung als Zweig des betrieblichen Rechnungswesens	1
1.1.1 Buchführung	1
1.1.2 Kosten- und Leistungsrechnung	1
1.1.3 Betriebsstatistik	1
1.1.4 Planung	2
1.2 Oberbegriff „Aufzeichnungen“	2
2. Allgemeine (handelsrechtliche) Buchführungspflicht	2
2.1 Gesetzliche Grundlagen	2
2.2 Zur Buchführung verpflichtete Personen im einzelnen, Beginn und Beendigung der allgemeinen (handelsrechtlichen) Buchführungspflicht	3
3. Steuerliche Buchführungspflicht	5
3.1 Aus Nichtsteuergesetzen abgeleitete Buchführungspflicht nach § 140 AO	5
3.2 Besondere Buchführungspflicht für bestimmte Steuerpflichtige nach § 141 Abs. 1 AO	5
3.3 Beginn und Wegfall der Buchführungspflicht	7
4. Sonstige Aufzeichnungspflichten	8
4.1 Außersteuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten	8
4.2 Steuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten	11
4.2.1 Ergänzende Aufzeichnungen für Land- und Forstwirte	12
4.2.2 Aufzeichnung des Wareneingangs	12
4.2.3 Aufzeichnung des Warenausgangs	12
5. Inhalt der Buchführungspflicht und allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen	13
6. Handelsrechtliche und steuerliche Aufbewahrungspflichten	15
7. Bewilligung von Erleichterungen	16
8. Verletzung von Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und ihre Folgen	17
9. Unterschiede in den Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten zwischen Steuerpflichtigen, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG ermitteln	18
10. Pflichten für Unternehmer, die freiwillig Bücher führen und Abschlüsse tätigen	19

B. Die Technik der doppelten Buchführung

1.	Die Grundlagen der Buchführung	20
1.1	Die Inventur	20
1.2	Das Inventar	20
1.3	Inventurerleichterungen	20
1.3.1	Allgemeines	20
1.3.2	Festwert	21
1.3.3	Gruppenbewertung	22
1.3.4	Stichprobeninventur	22
1.3.5	Permanente Inventur	22
1.3.6	Zeitverschobene Inventur	23
1.3.7	Buchmäßige Bestandsaufnahme für Anlagevermögen	23
1.4	Die Bilanz	24
1.5	Der Abschluß	24
1.6	Die Gewinn- und Verlustrechnung	25
1.6.1	Allgemeines	25
1.6.2	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Kontoform	25
1.6.3	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform	26
1.6.4	Gliederung bei Kapitalgesellschaften	26
2.	Die Funktion der doppelten Buchführung	27
2.1	Sachkonten	27
2.1.1	Bestandskonten	27
2.1.2	Erfolgskonten	27
2.1.3	Gewinn- und Verlustkonto	28
2.1.4	Privatkonten	28
2.1.5	Schema für den Abschluß der Sachkonten	28
2.1.6	Buchungssatz	29
2.1.7.	Hinweis	29
2.2	Personenkonten	29
2.3	Anlagekonten	29
3.	Organisation der Buchführung	30
3.1	Buchführungssysteme	30
3.2	Methoden und Organisationsformen der doppelten Buchführung	30
3.2.1	Übertragungsbuchführung	30
3.2.2	Amerikanisches Journal	31
3.2.3	Durchschreibebuchführung	31
3.2.4	EDV-Buchführung	32
3.2.4.1	Externe EDV-Buchführung	32
3.2.4.2	Interne EDV-Buchführung	33
3.2.4.3	Besonderheiten	35
3.2.5	Offene-Posten-Buchhaltung	35
3.3	Kassenbuchführung	36
3.4	Hauptabschlußübersicht	38
3.5	Selbständige Buchungskreise	41
3.5.1	Filialbuchführung	41
3.5.2	Devisenbuchführung	42
3.5.3	Geheimbuchführung	43

C. Begriff des Gewinns, die Gewinn- und Verlustrechnung und die steuerlichen Gewinnermittlungsarten

1.	Allgemeines	44
1.1	Die Bedeutung des Gewinns für die Besteuerung	44
1.2	Der handelsrechtliche Gewinnbegriff	44
1.3	Der grundsätzliche steuerliche Gewinnbegriff	44
1.4	Gewinnermittlungszeitraum und Geschäftsjahr bzw. Wirtschaftsjahr ..	45
1.4.1	Das handelsrechtliche Geschäftsjahr	45
1.4.2	Das steuerliche Wirtschaftsjahr	46
2.	Die Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil des Jahresabschlusses	47
2.1	Allgemeines	47
2.1.1	Begriff, Bedeutung und Inhalt der GuV-Rechnung	47
2.1.2	Form und Gliederung der GuV-Rechnung	47
2.1.3	Bedeutung der GuV-Rechnung für die Besteuerung	48
2.2	Die handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Erträge und Aufwendungen	48
2.2.1	Allgemeines	48
2.2.2	Begriff: Ertrag (Erträge)	48
2.2.3	Begriff: Aufwand (Aufwendungen)	49
2.3	Die steuerlichen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben	49
2.3.1	Begriff der Betriebseinnahmen	49
2.3.2	Abgrenzung der Betriebseinnahmen zu den außerbetrieblichen Einnahmen	50
2.3.3	Steuerfreie Betriebseinnahmen	50
2.3.3.1	Steuerfreie Sanierungsgewinne (§ 3 Nr. 66 EStG)	50
2.3.3.1.1	Begriff des Sanierungsgewinns und Bedeutung der Befreiungs- regelung	50
2.3.3.1.2	Geltungsbereich	51
2.3.3.1.3	Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	52
2.3.3.1.4	Besonderheiten und buchmäßige Abwicklung	53
2.3.3.1.5	Fall	54
2.3.3.2	Investitionszulagen nach dem Berlinförderungsgesetz und dem Investitionszulagengesetz 1993	55
2.3.3.3	Erwerb von Freianteilen an Kapitalgesellschaften aufgrund einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	55
2.3.4	Begriff der Betriebsausgaben	55
2.3.5	Abgrenzung der Betriebsausgaben zu anderen Aufwendungen	57
2.3.6	Arten der Betriebsausgaben	58
2.3.6.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	58
2.3.6.2	Nicht sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	59
2.3.6.3	Nichtabzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 5 EStG	61
2.3.6.4	Aufzeichnungspflicht für nichtabzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben	64
2.3.6.5	Betriebsausgaben, die mit steuerfreien Betriebseinnahmen wirtschaftlich zusammenhängen	65

3.	Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten im einzelnen	65
3.1	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG	65
3.1.1	Personenkreis	65
3.1.2	Begriff des Betriebsvermögens	65
3.1.2.1	Mengenmäßige Bedeutung	65
3.1.2.2	Wertmäßige Bedeutung	66
3.1.3	Ausscheiden nichtbetrieblicher Vorgänge	66
3.1.3.1	Begriff und Umfang der Entnahmen	67
3.1.3.2	Begriff und Umfang der Einlagen	68
3.1.4	Die Bilanz nach § 4 Abs. 1 EStG	69
3.2	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 5 EStG	70
3.2.1	Unterfall des § 4 Abs. 1 EStG	70
3.2.2	Personenkreis	70
3.2.3	Die Bilanz nach § 5 EStG	71
3.2.3.1	Allgemeine Grundsätze	71
3.2.3.2	Verhältnis der Handelsbilanz zur Steuerbilanz	71
3.3	Die Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuß-Rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG	72
3.3.1	Begriff und Wesen der Einnahmen-Überschuß-Rechnung	72
3.3.2	Berechtigter Personenkreis	73
3.3.3	Unterschiede zwischen Einnahmen-Überschuß-Rechnung und Bestandsvergleich	73
3.3.4	Betriebseinnahmen bei der Überschubrechnung	74
3.3.5	Betriebsausgaben bei der Überschubrechnung	75
3.3.5.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	75
3.3.5.2	Erwerb von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	76
3.3.5.3	Erwerb von nichtabnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlage- vermögens	77
3.3.5.4	Erwerb von immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ..	78
3.3.5.5	Erwerb von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens	78
3.3.6	Behandlung der Einlagen und Entnahmen	79
3.3.6.1	Einlagen	79
3.3.6.2	Entnahmen	79
3.3.7	Besonderheiten bei der Überschubrechnung	80
3.3.7.1	Reine Geldbewegungen	80
3.3.7.2	Anzahlungen, Vorauszahlungen, Teilzahlungen und Abschlags- zahlungen, Vorschüsse	81
3.3.7.3	Erhalt und Zahlungen von Abfindungen	81
3.3.7.4	Behandlung eines Damnums	81
3.3.7.5	Schwund bei Vorräten und anderen Wirtschaftsgütern durch Diebstahl, Verderb u.ä.	81
3.3.7.6	Erlaß von Forderungen und Schulden	82
3.3.7.7	Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs	83
3.3.8	Aufzeichnungspflicht für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschubrechnung ermitteln	83
3.4	Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	83
3.5	Gewinnermittlung durch Schätzung	83
3.6	Wechsel der Gewinnermittlungsart	84
3.6.1	Wechsel von der Überschubrechnung zum Bestandsvergleich	84
3.6.2	Wechsel vom Bestandsvergleich zur Überschubrechnung	87

D. Wirtschaftsgut

1.	Handelsrecht und Steuerrecht	92
2.	Begriff des Wirtschaftsguts	92
3.	Zurechnung	92
4.	Anteile an einem Wirtschaftsgut	94

E. Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen

1.	Notwendiges Betriebsvermögen – gewillkürtes Betriebsvermögen – notwendiges Privatvermögen	95
1.1	Grundsätze	95
1.2	Notwendiges Betriebsvermögen	96
1.2.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen	96
1.2.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen	97
1.2.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Betriebsvermögen	98
1.3	Gewillkürtes Betriebsvermögen	98
1.3.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen	98
1.3.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen	99
1.3.3	Folgen der Einordnung als gewillkürtes Betriebsvermögen	101
1.4	Notwendiges Privatvermögen	101
1.4.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen	101
1.4.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen	102
1.4.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Privatvermögen	102
2.	Grundstücke im Betriebsvermögen	103
2.1	Grund und Boden	103
2.1.1	Unbebauter Grund und Boden	103
2.1.2	Grund und Boden bebauter Grundstücke	103
2.2	Gebäude	103
2.2.1	Wirtschaftsgut „eigenbetrieblich genutzter Gebäudeteil“	104
2.2.2	Wirtschaftsgut „fremdbetrieblich genutzter Gebäudeteil“	105
2.2.3	Wirtschaftsgut „zu fremden Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“	105
2.2.4	Wirtschaftsgut zu „eigenen Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“	106
2.2.4.1	Rechtslage ab 1.1.1987	106
2.2.4.2	Rechtslage bis 31.12.1986 (fortführbar bis 1998)	106
2.2.4.3	Übergangsregelung bis 1998	107
3.	Forderungen und Verbindlichkeiten	107
3.1	Forderungen	107
3.2	Verbindlichkeiten	108
3.2.1	Entstehen der Verbindlichkeiten	108
3.2.2	Spätere Veränderungen	109
3.2.3	Tilgung einer Schuld	112
3.2.3.1	Kontokorrentkonto	112
3.2.3.2	Darlehenskonto	114
3.2.3.3	Zwei-Konten-Modell	115
3.2.4	Abfindung an weichende Miterben	115
3.2.5	Zahlungen bei vorweggenommener Erbfolge	116
3.2.6	Zahlungen anlässlich des Zugewinnausgleichs	118

F. Einlagen und Entnahmen

1.	Einlagen	119
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht	119
1.2	Begriff	119
1.2.1	Einlage von Wirtschaftsgütern	119
1.2.2	Einlage von Nutzungen und Leistungen	119
1.3	Folgewirkungen	121
1.4	Bewertung der Einlagen	121
1.5	Abschreibung von eingelegten Wirtschaftsgütern	123
1.6	Abgrenzungen	124
2.	Entnahmen	124
2.1	Handelsrecht und Steuerrecht	124
2.2	Begriff	125
2.2.1	Entnahme von Wirtschaftsgütern	128
2.2.2	Entnahme von Nutzungen und Leistungen	129
2.2.3	Entnahmen in Fällen des § 12 EStG	129
2.3	Folgewirkungen	133
2.4	Bewertung der Entnahmen	133
2.5	Sachspenden	134
2.6	Umsatzsteuer	135
2.7	Abgrenzungen	135
3.	Sonderfälle	135
3.1	Pkw-Nutzung	135
3.1.1	Private Nutzung eines betrieblichen Pkw	135
3.1.2	Betriebliche Nutzung eines privaten Pkw	136
3.1.3	Unfälle mit betrieblichen Pkw auf privaten Fahrten	138
3.1.4	Unfälle mit privaten Pkw auf betrieblichen Fahrten	141
3.2	Gebäudenutzung	142
3.2.1	Betriebliche Nutzung eines Gebäudeteils des Privatvermögens	142
3.2.2	Privatnutzung eines Gebäudeteils des Betriebsvermögens	142
3.2.2.1	Rechtslage ab 1.1.1987	142
3.2.2.2	Rechtslage bis 31.12.1986 und Übergangsregelung	142
3.2.2.3	Besteuerung des Nutzungswertes	145
3.2.3	Wohnungsbauförderungsentnahme	146

G. Allgemeine und konkrete Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.	Unterscheidung zwischen Bilanzierung und Bewertung	147
2.	Handelsrechtliche Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)	147
2.1	Allgemeines	147
2.2	Bereiche der allgemeinen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	148
2.2.1	Grundsätze ordnungsmäßiger „Buchführung“ im engeren Sinne	148
2.2.2	Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur	149
2.2.3	Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung	149

3.	Allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung	149
3.1	Grundsatz der Bilanzwahrheit, der Bilanzklarheit und des Verrechnungsverbots	149
3.2	Grundsatz der Vollständigkeit	150
3.3	Grundsatz der Bilanzenidentität (Bilanzenzusammenhang) und Bilanzenkontinuität	150
3.4	Going-Concern-Prinzip	153
3.5	Stichtagsprinzip	153
3.6	Grundsatz der Einzelbewertung	153
3.7	Vorsichtsprinzip, Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip	153
3.8	Grundsatz der Periodenabgrenzung (Abgrenzungsprinzip)	155
4.	Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	155
4.1	Personenkreis, Begriff und Inhalt des Maßgeblichkeitsgrundsatzes	155
4.2	Anwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten	156
4.2.1	Bilanzierungswahlrechte	156
4.2.2	Bewertungswahlrechte	157
4.3	Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes	157
5.	Überblick über die konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgrundsätze der Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebot), des Bilanzierungsverbots, des Bilanzierungswahlrechts und der Bilanzierungshilfe	158
5.1	Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebote)	158
5.2	Bilanzierungswahlrechte	159
5.3	Bilanzierungsverbote	161
5.4	Bilanzierungshilfen	162
5.5	Übersicht über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgebote, Bilanzierungswahlrechte, Bilanzierungsverbote und Bilanzierungshilfen	165
6.	Anwendung der konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze (Bewertungsmaßstäbe)	166
6.1	Allgemeines	166
6.2	Überblick über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze für die Vermögensgegenstände bzw. Besitzposten	167
6.2.1	Handelsrechtliche Bewertungsgrundsätze (§ 253 HGB), die wegen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes auch ertragssteuerlich für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln	167
6.2.1.1	Erstmaliger Bilanzansatz	168
6.2.1.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag	169
6.2.2	Steuerliche Bewertungsgrundsätze des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG, die nur für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 EStG ermitteln	172
6.2.2.1	Erstmaliger Bilanzansatz	172
6.2.2.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag	173
6.3	Die Anwendung der maßgebenden Bewertungsgrundsätze im einzelnen	176
6.3.1	Anwendung der handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze im Rahmen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes für Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln	176

6.3.1.1	Einschränkung durch den steuerlichen Bewertungsvorbehalt des § 5 Abs. 6 EStG	176
6.3.1.2	Wertansatz bei steuerlichen Bewertungswahlrechten	176
6.3.1.3	Nichtanwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei falschem Wertansatz in der Handelsbilanz	177
6.3.2	Behandlung der abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	178
6.3.2.1	Begriff und Umfang des abnutzbaren Anlagevermögens	178
6.3.2.2	Wertansätze	178
6.3.2.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang	178
6.3.2.4	Beispiele	179
6.3.3	Behandlung der nicht abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	181
6.3.3.1	Begriff und Umfang des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	181
6.3.3.2	Wertansätze	181
6.3.3.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang	181
6.3.3.4	Beispiele	181
6.3.4	Behandlung der Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens	183
6.3.4.1	Begriff und Umfang des Umlaufvermögens	183
6.3.4.2	Wertansätze	183
6.3.4.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang	183
6.3.4.4	Beispiele	183
6.3.5	Behandlung der Verbindlichkeiten	184
6.3.5.1	Begriff und Umfang der Verbindlichkeiten	184
6.3.5.2	Wertansätze	184
7.	Bewertungsvereinfachungsmethoden	185
7.1	Gruppenbewertung bzw. Durchschnittsbewertung	186
7.1.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	186
7.1.2	Ermittlung des gewogenen Durchschnittswerts bei der Durchschnittsbewertung und Gruppenbewertung mit Durchschnittswerten	188
7.2	Sammelbewertung nach einem Verbrauchsfolgeverfahren	189
7.2.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	190
7.2.2	Die einzelnen Methoden und ihre steuerliche Anwendbarkeit	190
7.2.2.1	Die Fifo-Methode (first in – first out)	190
7.2.2.1.1	Handelsrechtlich	190
7.2.2.1.2	Steuerrechtlich	190
7.2.2.2	Die Lifo-Methode (last in – first out)	191
7.2.2.2.1	Handelsrechtlich	191
7.2.2.2.2	Steuerrechtlich	191
7.2.2.2.3	Methoden der Lifo-Bewertung	191
7.2.2.2.4	Besonderheit bei Absinken des Bestands auf 0 Menge	194
7.2.2.2.5	Ansatz eines niedrigen handelsrechtlichen Werts bzw. eines niedrigeren steuerlichen Teilwerts	194
7.2.2.2.6	Wechsel der Bewertungsmethode	194
7.2.2.2.7	Besondere Regelung für die edelmetallverarbeitende Industrie	195
7.2.2.2.8	Behandlung in der Handelsbilanz und Steuerbilanz	195
7.2.2.3	Die Hifo-Methode (highest in – first out)	195
7.2.2.4	Andere Verbrauchsfolgemethoden	195
7.3	Festwertbewertung	196
7.3.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	196

7.3.2	Voraussetzungen für die Festwertbewertung	197
7.3.3	Ermittlung des Festwerts	198
7.3.3.1	Ermittlung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	198
7.3.3.2	Ermittlung für Gegenstände des Sachanlagevermögens	198
7.3.3.2.1	Erstmalige Ermittlung	198
7.3.3.2.2	Überprüfung und Änderung des Festwerts	200
7.3.4	Behandlung der Ersatzbeschaffungen und Veräußerungen von Gegenständen aus einem Festwertbestand	201
7.3.5	Übergang vom Festwert zur Einzelbewertung	202

H. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsmaßstäbe und besondere Anschaffungsvorgänge

1.	Bedeutung der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Handels- und Steuerrecht	203
2.	Anschaffungskosten (allgemeine Grundsätze)	204
2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Anschaffungskosten	204
2.2	Umfang der Anschaffungskosten	205
2.2.1	Zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen	205
2.2.1.1	Der Kaufpreis als Grundlage für die Ermittlung der AK	205
2.2.1.2	Aufwendungen für die Schaffung der Betriebsbereitschaft und die Anschaffungsnebenkosten	207
2.2.2	Nicht zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen	208
2.2.3	Kaufpreisminderungen	209
2.2.4	Behandlung der Vorsteuer (Eingangs-Umsatzsteuer)	209
2.2.4.1	In vollem Umfang abzugsfähige Vorsteuer	209
2.2.4.2	In vollem Umfang nichtabzugsfähige Vorsteuer	210
2.2.4.3	Nur teilweise abzugsfähige Vorsteuer	211
2.2.4.4	Änderung der Aufteilung der Vorsteuer mit Wirkung für die Vergangenheit	214
2.2.4.5	Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach 15a UStG	216
2.3	Nachträgliche Änderung der Anschaffungskosten	217
2.3.1	Nachträgliche Anschaffungskosten	217
2.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten	217
2.4	Aufteilung eines Gesamtkaufpreises	218
3.	Besondere Anschaffungsvorgänge	218
3.1	Anschaffungskosten bei Erwerb gegen Renten- oder Ratenzahlungen	218
3.1.1	Begriff und Abgrenzung der Renten und Raten	218
3.1.2	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Zahlung einer Kaufpreis- bzw. Veräußerungsrente	219
3.1.2.1	Erwerb bzw. Veräußerung eines Betriebs oder Teilbetriebs	219
3.1.2.1.1	Behandlung beim Erwerber	219
3.1.2.1.2	Behandlung beim Veräußerer	221
3.1.2.1.3	Fall zur Veräußerung eines ganzen Betriebs	222
3.1.2.2	Erwerb bzw. Veräußerung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	224
3.1.2.2.1	Behandlung beim Erwerber	224
3.1.2.2.2	Behandlung beim Veräußerer	225
3.1.2.2.3	Fall zur Veräußerung eines Wirtschaftsguts	225
3.1.2.3	Auswirkung von Wertsicherungsklauseln	227
3.1.2.4	Vorzeitiger Wegfall der Rentenlast beim Rentenverpflichteten	228

3.1.3	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Ratenzahlungen.....	228
3.1.3.1	Behandlung beim Erwerber.....	228
3.1.3.2	Behandlung beim Veräußerer.....	230
3.1.3.2.1	Veräußerung eines Betriebs.....	230
3.1.3.2.2	Veräußerung eines Teilbetriebs oder einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens.....	231
3.2	Anschaffungskosten bei Erwerb durch Tausch.....	231
3.2.1	Allgemeine Grundsätze.....	231
3.2.2.	Tausch gleichwertiger Wirtschaftsgüter.....	233
3.2.3	Tausch mit Zuzahlung (Baraufgabe).....	234
3.2.4	Tausch mit Zuzahlung und verdecktem Preisnachlaß.....	237
3.2.5	Sonderfälle.....	240
3.2.5.1	Gewinnverwirklichung beim Tausch mit verzögerter Gegenleistung...	240
3.2.5.2	Funktionsgleicher Tausch von Anteilsrechten an Kapital- gesellschaften.....	241
3.2.5.3	Tausch von Mitunternehmeranteilen.....	243
3.2.5.4	Tausch von Güterfernverkehrsgenehmigungen.....	243
3.2.5.5	Tausch von Grundstücken.....	243
3.3	Anschaffungskosten bei Mietkauf und Leasing.....	243
3.3.1	Kauf nach Miete.....	244
3.3.1.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung.....	244
3.3.1.2	Fall.....	244
3.3.2	Mietkaufverträge.....	245
3.3.2.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung.....	245
3.3.2.2	Fälle.....	247
3.3.3	Leasingverträge.....	249
3.3.3.1	Allgemeine Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen.....	249
3.3.3.2	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern bei Vollamortisation („Full-pay-out-Verträge“).....	251
3.3.3.2.1	Regelmäßiger Personenkreis.....	251
3.3.3.2.2	Allgemeines und Abgrenzung des Full-pay-out-Leasing.....	251
3.3.3.2.3	Zurechnung des Leasing-Gegenstands.....	252
3.3.3.2.4	Buch- und bilanzmäßige Behandlung.....	255
3.3.3.2.5	Fall.....	258
3.3.3.3	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern bei Teilamortisation („Non-pay-out-Leasing“).....	261
3.3.3.4	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Immobilien-Leasing).....	262
3.4	Anschaffungskosten bei Übertragung stiller Reserven.....	262
3.4.1	Allgemeine Grundsätze.....	262
3.4.1.1	Entstehung stiller Reserven.....	262
3.4.1.2	Aufdeckung dieser stillen Reserven.....	262
3.4.1.3	Vermeidung der sofortigen Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven.....	263
3.4.1.4	Auflösung der gebildeten steuerfreien Rücklage.....	264
3.4.2	Unterschiedliche Voraussetzungen für diese Vergünstigungen.....	265
3.5	Anschaffungskosten bei Erhalt von Zuschüssen.....	265
3.5.1	Begriff und Arten von Zuschüssen.....	265
3.5.2	Steuerliche Behandlung der Kapitalzuschüsse.....	266

3.5.2.1	Wahlrecht für den Zuschußempfänger	266
3.5.2.2	Besonderheiten beim Zuschußempfänger	266
3.5.2.2.1	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem späteren Jahr	266
3.5.2.2.2	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem früheren Jahr	267
3.5.2.2.3	Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz	268
3.5.2.3	Behandlung beim Zuschußgeber	268
3.5.3	Steuerliche Behandlung der Ertragszuschüsse	268
3.5.3.1	Behandlung beim Zuschußempfänger	268
3.5.3.2	Behandlung beim Zuschußgeber	268
3.6	Anschaffungskosten bei Schwund	269
3.6.1	Allgemeine Grundsätze	269
3.6.2	Besonderheiten beim Vorratsvermögen	270
3.6.2.1	Diebstahl von Waren und Vorräten	270
3.6.2.2	Innerbetrieblicher Verbrauch	270
3.7	Anschaffungskosten beim Erwerb von Grundstücken im Zwangs- versteigerungsverfahren	270
3.7.1	Begriffsbestimmungen	270
3.7.2	Zusammensetzung der Anschaffungskosten	273
3.7.3	Sonderfall: Hypothekengläubiger ersteigert das Grundstück selbst	274
3.7.4	Fälle	274
3.8	Anschaffungskosten bei unentgeltlichem Erwerb (fiktive Anschaffungskosten)	277
3.8.1	Begriffsbestimmung und Abgrenzung zwischen entgeltlichem, teilentgeltlichem und unentgeltlichem Erwerb	277
3.8.2	Steuerliche Behandlung des entgeltlichen Erwerbs, teilentgeltlichen Erwerbs (gemischte Schenkung) und des unentgeltlichen Erwerbs im betrieblichen Bereich	279
3.8.2.1	(Voll) entgeltlicher Erwerb	279
3.8.2.2	Teilentgeltlicher Erwerb (gemischte Schenkung) und unentgelt- licher Erwerb	279
3.8.3	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Betriebsvermögen einer anderen Person gehörten	282
3.8.3.1	Unentgeltliche Übertragung aus betrieblichem Anlaß	282
3.8.3.1.1	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger)	282
3.8.3.1.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger)	282
3.8.3.1.3	Fälle	283
3.8.3.2	Unentgeltliche Übertragung aus privatem Anlaß	283
3.8.3.2.1	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger)	283
3.8.3.2.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger)	283
3.8.3.2.3	Fall	284
3.8.4	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Privatvermögen einer anderen Person gehörten	285
3.9	Anschaffungskosten beim Erwerb von in Berlin (West) hergestellten Wirtschaftsgütern	286
4.	Herstellungskosten und ihre Ermittlung	286
4.1	Handelsrechtliche und steuerliche Bedeutung der Herstellungskosten	286
4.2	Begriff und Bestandteile der Herstellungskosten im Handelsrecht	287
4.2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Herstellungskosten	287
4.2.2	Die Bestandteile der Herstellungskosten im einzelnen	289

4.2.2.1	Allgemeines, Grundbegriffe der Kosten- und Leistungsrechnung (Kalkulation) und Kalkulationsschema	289
4.2.2.2	Umfang und Abgrenzung der handelsrechtlichen Herstellungskosten .	292
4.2.2.2.1	Materialeinzelkosten bzw. Materialkosten	292
4.2.2.2.2	Fertigungseinzelkosten bzw. Fertigungskosten	292
4.2.2.2.3	Sondereinzelkosten bzw. Sonderkosten der Fertigung	293
4.2.2.2.4	Materialgemeinkosten	293
4.2.2.2.5	Fertigungsgemeinkosten	294
4.2.2.2.6	Beschränkung auf angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten	295
4.2.2.2.7	Wertverzehr des Anlagevermögens, das dem Material- und Fertigungsbereich dient	296
4.2.2.2.8	Allgemeine Verwaltungskosten und soziale Kosten sowie Zinsen für Fremdkapital	296
4.2.2.2.9	Vertriebskosten	298
4.2.2.3	Ausübung des handelsrechtlichen Wahlrechts im Rahmen der Bewertungsstetigkeit und der GoB	298
4.3	Begriff und Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten	299
4.3.1	Begriffsbestimmung des R 33 EStR	299
4.3.2	Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten (Übersicht)	299
4.3.3	Besonderheiten bei den steuerlichen Herstellungskosten	301
4.3.4	Gegenüberstellung der handelsrechtlichen und steuerlichen Herstellungskosten	302
4.4	Steuerliche Herstellungskosten bei Grundstücken (Grund und Boden)	303
4.5	Steuerliche Herstellungskosten bei Gebäuden	303
4.5.1	Begriff	303
4.5.2	Bestandteile und Umfang der Herstellungskosten von Gebäuden im einzelnen	304
4.5.2.1	Eigentliche Bauaufwendungen	304
4.5.2.2	Baunebenkosten	304
4.5.2.3	Aufwendungen, die die Errichtung des Gebäudes ermöglichen	305
4.5.2.4	Aufwendungen, die die Nutzung des Gebäudes ermöglichen	305
4.6	Zeitliche Abgrenzung der Herstellungskosten	306
4.7	Nachträgliche Herstellungskosten	307
4.8	Abgrenzung zwischen Herstellungsaufwand und Erhaltungsaufwand .	307
4.9	Ermittlung der Herstellungskosten	308
4.9.1	Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung als Grundlage	308
4.9.2	Abweichung gegenüber den Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung	310
4.9.3	Fälle	312
4.9.4	Buchtechnische Abwicklung nach dem Gemeinschaftskontenrahmen der Industrie (GKR) im Rahmen des Gesamtkostenverfahrens	319
4.9.5	Darstellung der Herstellungskosten im Rahmen der GuV-Rechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) und Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB)	323
4.9.5.1	Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) ...	324
4.9.5.2	Darstellung nach dem Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB) ...	325
4.10	Die retrograde Ermittlung der Herstellungskosten	326
4.11	Ermittlung der Wiederherstellungskosten für eine außerplanmäßige Abschreibung (Teilwertabschreibung)	327

5.	Ansatz eines niedrigeren Werts als die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten	327
5.1	Der handelsrechtliche Börsen- oder Marktpreis bzw. beizulegende Wert	327
5.2	Der steuerliche Teilwert	328
5.2.1	Begriff des Teilwerts	328
5.2.2	Bedeutung des Teilwerts	329
5.2.3	Ermittlung des Teilwerts	329
5.2.3.1	Unterstellung einer Betriebsveräußerung und Abstellung auf einen anteiligen Betrag	329
5.2.3.2	Grenzwerte für den Teilwert	330
5.2.3.2.1	Obergrenze: Wiederbeschaffungs- oder Wiederherstellungskosten	330
5.2.3.2.2	Untergrenze: Einzelveräußerungspreis bzw. Material- oder Schrottwert abzüglich Veräußerungskosten	331
5.2.3.3	Teilwertvermutungen	331
5.2.3.3.1	Teilwert im Zeitpunkt der Anschaffung eines Wirtschaftsguts	331
5.2.3.3.2	Teilwert zu späteren Zeitpunkten	332
5.2.3.4	Widerlegung der Teilwertvermutung	332
5.2.3.4.1	Teilwertabschreibung wegen Fehlmaßnahmen	332
5.2.3.4.2	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der Wiederbeschaffungskosten	333
5.2.3.4.3	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der erzielbaren Verkaufspreise bei Waren	334
5.2.4	Maßgebender Zeitpunkt für einen Teilwertansatz	335
5.2.5	Weitere Einzelfälle	336
5.2.5.1	Einfluß der Ertragslage auf die Höhe des Teilwerts	336
5.2.5.2	Teilwert bei Beteiligungen	337
5.2.6	Buchmäßige Behandlung einer Teilwertabschreibung	338

I. Abschreibungen

1.	Allgemeine Grundsätze	339
1.1	Begriff und Aufgabe der Abschreibung	339
1.2	Rechtsgrundlagen für die Abschreibung	339
1.3	„Abschreibung“ als Oberbegriff für verschiedene Arten	341
1.4	Abschreibungsfähige Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter	342
1.5	Abschreibungsberechtigte Personen	342
1.6	Bemessungsgrundlage für die Abschreibung	343
1.7	Höhere steuerliche AfA als die planmäßige handelsrechtliche Abschreibung	344
1.8	Buchmäßige Formen der Abschreibung	344
2.	Die Absetzung für Abnutzung – AfA – (ohne Gebäude)	344
2.1	Begriff und Bedeutung der AfA	344
2.2	Zwang zur AfA	344
2.3	AfA auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer	345
2.4	Bemessungsgrundlage für die AfA und nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten	346
2.5	Beginn der AfA	347
2.6	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung	348
2.7	AfA beim Ausscheiden eines Wirtschaftsguts	348
2.8	Die einzelnen AfA-Methoden	349
2.8.1	Übersicht	349
2.8.2	Die lineare AfA	350

2.8.3	Die Leistungs-AfA	350
2.8.4	Die degressive AfA	351
2.8.5	Wechsel der AfA-Methode	352
2.9	Verhältnis AfA und Teilwertabschreibung sowie AfA nach einer Teilwertabschreibung	353
3.	Besonderheiten bei der AfA für Gebäude und Gebäudeteile sowie für Außenanlagen	353
3.1	Eigenständige steuerliche Regelung für Gebäude	353
3.2	Begriff des Gebäudes und der selbständigen Gebäudeteile	354
3.3	Die lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	354
3.3.1	Höhere AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 EStG)	355
3.3.2	AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für andere Gebäude (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG)	355
3.3.3	AfA nach der tatsächlichen Nutzungsdauer (§ 7 Abs. 4 Satz 2 EStG) ..	356
3.3.4	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und im Jahr des Ausscheidens aus dem Betriebsvermögen	356
3.3.5	Lineare AfA für eingelegte Gebäude und Gebäudeteile	356
3.3.6	Fälle	357
3.4	Die degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	358
3.4.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für die Anwendung der degressiven AfA	358
3.4.2	Höhere Staffelsätze für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG)	359
3.4.2.1	Rechtslage bis 1993	359
3.4.2.2	Rechtslage ab 1994	359
3.4.3	Staffelsätze für andere Gebäude (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG) und besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG)	359
3.4.3.1	Gebäude und Gebäudeteile im Sinne von § 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG	359
3.4.3.1.1	Rechtslage bis 1993	359
3.4.3.1.2	Rechtslage ab 1994	360
3.4.3.2	Besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG)	360
3.4.4	Wahl und Wechsel innerhalb der Staffelsätze	361
3.4.5	Degressive AfA im Jahr der Fertigstellung oder des Erwerbs und beim Ausscheiden des Gebäudes oder eines Gebäudeteils	361
3.4.6	Degressive AfA für eingelegte Gebäude oder Gebäudeteile	362
3.4.7	Fall	362
3.4.8	Zeitliche Anwendung früherer Regelungen	363
3.5	Keine Absetzung für außergewöhnliche Absetzung oder Teilwertabschreibung für vor 1985 errichtete Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen	363
3.6	Lineare und degressive Gebäude-AfA bei nachträglichen Herstellungskosten	363
3.6.1	Änderung der AfA-Bemessungsgrundlage durch nachträgliche Herstellungskosten	364
3.6.2	Entstehung eines neuen Gebäudes oder eines neuen selbständigen Gebäudeteils	366

3.6.3	Fälle	366
3.7	Abschreibungswechsel durch Nutzungsänderung	367
3.7.1	Dauer der Voraussetzungen für die höhere AfA	368
3.7.2	Änderung der Voraussetzungen für die jeweiligen AfA-Sätze und möglichen Fälle	368
3.7.3	Art und Höhe der AfA nach einer Nutzungsänderung	369
3.7.4	Fall	369
3.8	AfA nach einer Teilwertabschreibung (handelsrechtlich: nach einer außerplanmäßigen Abschreibung)	370
3.9	AfA für Außenanlagen	371
4.	Die Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA)	371
4.1	Begriff und Möglichkeiten der AfaA	371
4.2	Anwendungsbereiche der AfaA	372
4.3	Zwang oder Wahlrecht für AfaA und Zeitpunkt der Vornahme	372
4.4	Abgrenzung zwischen AfaA und Teilwertabschreibung	373
4.5	Berechnung der AfaA	373
4.6	Weitere planmäßige AfA nach einer AfaA	373
4.7	Fälle	374
5.	Die Absetzung für Substanzverringerung (Afs)	375
5.1	Begriff und Voraussetzungen für die Afs	375
5.2	Berechnung der Afs	376
5.3	Besonderheiten	376
6.	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen	377
6.1	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen in § 7a EStG	377
6.1.1	Anwendungsbereich und Begünstigungszeitraum	377
6.1.2	Behandlung nachträglicher Änderungen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	377
6.1.3	Behandlung von Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilerstellungskosten	378
6.1.4	Pflicht zur Vornahme von Mindestabsetzungen bei Inanspruch- nahme erhöhter Absetzungen	379
6.1.5	Keine degressive AfA bei Inanspruchnahme von Sonder- abschreibungen	379
6.1.6	Kumulationsverbot	379
6.1.7	Kein Einfluß auf die Grenzen für die steuerliche Buchführungs- pflicht	379
6.1.8	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen bei mehreren Beteiligten	379
6.1.9	Sonstige gemeinsame Vorschriften	380
6.1.9.1	Formelle Voraussetzungen	380
6.1.9.2	AfA nach Ablauf des Begünstigungszeitraums	380
6.2	Erhöhte Absetzungen nach § 7d EStG für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen (Regelung nur für bis Ende 1990 angefallene begünstigte Fälle)	381
6.2.1	Persönlicher Geltungsbereich	381
6.2.2	Begünstigte Aufwendungen	381
6.2.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter	382
6.2.4	Fünfjährige Zweckbindung	383

6.2.5	Zeitliche Vornahme der erhöhten Absetzungen	384
6.2.5.1	Für angeschaffte oder hergestellte begünstigte Wirtschaftsgüter	384
6.2.5.1.1	Grundsatz	384
6.2.5.1.2	Nachholung unterlassener erhöhter Absetzungen	384
6.2.5.1.3	Besonderheiten bei Wirtschaftsgütern mit einer Nutzungsdauer von weniger als 10 Jahren	384
6.2.5.2	Besonderheiten bei nachträglicher Anschaffungs- oder Herstellungskosten	384
6.2.5.2.1	Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach § 7d Abs. 1 Satz 3 EStG	385
6.2.5.2.2	Nachträgliche Herstellungskosten nach § 7d Abs. 4 EStG	385
6.2.5.3	Besonderheiten für Anzahlungen auf Anschaffungen und für Teilerstellungskosten	385
6.3	Sonderabschreibungen und Ansparabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe nach § 7g EStG	386
6.3.1	Sonderabschreibung als zusätzliche Abschreibung zur planmäßigen AfA nach § 7g Abs. 1 und 2 EStG	386
6.3.1.1	Berechtigter Personenkreis	386
6.3.1.2	Begünstigte Betriebe	386
6.3.1.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter	387
6.3.1.4	Höhe und zeitliche Vornahme der Sonderabschreibung und weitere AfA in den Folgejahren	388
6.3.1.5	Besonderheiten	389
6.3.1.6	Übersicht zu § 7g Abs. 1 und 2 EStG	389
6.3.2	Ansparabschreibung nach § 7g Abs. 3–6 EStG	390
6.3.2.1	Ansparabschreibung durch Bildung einer gewinnmindernden Rücklage	390
6.3.2.2	Voraussetzungen für die Bildung der Rücklage	391
6.3.2.3	Auflösung der Rücklage	392
6.3.2.3.1	Auflösung der Rücklage bei Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsguts	392
6.3.2.3.2	Auflösung der Rücklage, wenn ein begünstigtes Wirtschaftsgut nicht angeschafft oder hergestellt wird	393
6.3.2.4	Weitere Einzelfragen zur Fortführung und Auflösung der Rücklage ...	393
6.3.3	Anwendung im Beitrittsgebiet	394
7.	Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) nach § 6 Abs. 2 EStG	394
7.1	Begriff und Allgemeines	394
7.2	Berechtigter Personenkreis	395
7.3	Materiell-rechtliche Voraussetzungen	395
7.4	Formelle Voraussetzungen	396
7.5	Buchmäßige Behandlung	396
7.6	Besonderheiten	396

J. Besonderheiten bei bestimmten Bilanzposten

1.	Aktivposten	398
1.1	Bilanzsteuerliche Besonderheiten bei Grundstücken	398
1.1.1	Grund und Boden und Gebäude zwei Wirtschaftsgüter	398
1.1.1.1	Kaufpreisaufteilung bei Erwerb von bebauten Grundstücken	398
1.1.1.2	Teilwertabschreibungen von Grundstücken	399

1.1.1.3	Abgrenzungen Teilwertabschreibung und Absetzung für außerordentliche Abnutzung bei Grundstücken	399
1.1.2	Abbruch von Gebäuden und Außenanlagen sowie Teilen davon	400
1.1.2.1	Gebäude, die schon geraume Zeit Betriebsvermögen sind	400
1.1.2.2	Gebäude, die erst kurzfristig im Betriebsvermögen sind	403
1.1.3	Gebäude auf fremdem Grund und Boden	406
1.1.3.1	Handelsrechtliche Behandlung	406
1.1.3.2	Steuerliche Behandlung	407
1.1.3.3	Gebäude im bürgerlich-rechtlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	407
1.1.3.4	Gebäude im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	408
1.1.3.5	Baufwendungen werden nicht vom Mieter oder Pächter getragen	411
1.1.4	Mietereinbauten und Mieterumbauten	412
1.1.4.1	Begriff der Mietereinbauten und Mieterumbauten	412
1.1.4.2	Scheinbestandteile	412
1.1.4.3	Betriebsvorrichtungen	412
1.1.4.4	Sonstige Mietereinbauten im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters ..	413
1.1.4.5	Besonderer betrieblicher Nutzungs- und Funktionszusammenhang	414
1.1.4.6	Nutzungs- und Funktionszusammenhang zum Gebäude	415
1.2	Immaterielle Wirtschaftsgüter	416
1.2.1	Begriff	416
1.2.2	Entgeltlicher Erwerb immaterieller Wirtschaftsgüter	417
1.2.3	Einlagen immaterieller Wirtschaftsgüter	419
1.2.4	Abschreibung immaterieller Wirtschaftsgüter	420
1.2.5	Besonderheiten beim Firmenwert (Geschäftswert)	420
1.2.6	Besonderheiten bei Nutzungsrechten, insbesondere beim Nießbrauch ..	423
1.3	Wertpapiere und Beteiligungen	424
1.3.1	Wertpapiere	424
1.3.1.1	Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen	425
1.3.1.2	Anschaffungskosten von Wertpapieren	425
1.3.1.3	Teilwert von Wertpapieren	426
1.3.1.4	Einzelbewertung	427
1.3.1.5	Wertpapiere im Girosammeldepot	427
1.3.1.6	Berichtigungsaktien	429
1.3.1.7	Junge Aktien	430
1.3.2	Beteiligungen	432
1.3.2.1	Begriff	432
1.3.2.2	Bewertung	432
1.4	Forderungen	434
1.4.1	Uneinbringliche Forderungen	434
1.4.1.1	Zeitpunkt der Uneinbringlichkeit und Wertaufhellung	434
1.4.1.2	Uneinbringlichkeit und Umsatzsteuer	435
1.4.1.3	Buchmäßige Behandlung des Forderungsausfalls	435
1.4.1.4	Nachträglicher Eingang einer abgeschrieben Forderung	436
1.4.2	Zweifelhafte Forderungen (Dubiose)	436
1.4.3	Andere Wertminderungen	437
1.4.4	Wertberichtigungen	437
1.4.4.1	Einzelwertberichtigung	437
1.4.4.2	Pauschalwertberichtigungen	438
1.4.4.2.1	Ausfallrisiko	439
1.4.4.2.2	Skonti und sonstige Erlösschmälerungen	439
1.4.4.2.3	Zinsverlust	440

1.4.4.2.4	Einziehungsrisiko	441
1.4.5	Wertberichtigung und Umsatzsteuer	441
1.4.6	Buchungsprobleme	441
1.4.6.1	Buchmäßige Behandlung der zweifelhaften Forderungen	441
1.4.6.2	Buchmäßige Behandlung der Wertberichtigung	441
1.4.6.2.1	Das ruhende Wertberichtigungskonto	442
1.4.6.2.2	Das „gemischte“ Delkrederekonto	442
1.4.7	Zusammenfassender Beispielfall	443
1.5	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	444
1.5.1	Allgemeines	444
1.5.1.1	Begriff Rechnungsabgrenzung	444
1.5.1.2	Gesetzliche Grundlagen	445
1.5.1.3	Transitorische und antizipative Abgrenzung	445
1.5.1.4	Abgrenzung zu immateriellen Wirtschaftsgütern	445
1.5.2	Ausgaben vor dem Bilanzstichtag	446
1.5.3	Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag	446
1.5.4	Abgrenzung für Zölle und Verbrauchsteuern	447
1.5.5	Abgrenzung für Umsatzsteuer auf Anzahlungen	448
1.5.6	Buchmäßige Behandlung der aktiven RAP	448
2.	Passivposten	448
2.1	Allgemeine Grundsätze für die Bewertung der Verbindlichkeiten	448
2.2	Darlehensverbindlichkeiten	449
2.2.1	Normalverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten	449
2.2.1.1	Disagio und andere Finanzierungskosten	449
2.2.1.1.1	Aktivierungspflicht	449
2.2.1.1.2	Planmäßige Abschreibungen	449
2.2.1.1.3	Außerplanmäßige Abschreibungen	451
2.2.1.2	Sofort abziehbare Finanzierungskosten	452
2.2.2	Unverzinsliche und niedrigverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten	452
2.3	Valutaverbindlichkeiten	452
2.4	Erhaltene Anzahlungen	453
2.5	Rückstellungen (ohne Pensionsrückstellungen)	454
2.5.1	Allgemeiner Begriff und Bedeutung	454
2.5.2	Abgrenzung zu anderen Passivposten	455
2.5.3	Rechtliche Grundlagen für den Ansatz einer Rückstellung	455
2.5.4	Wertbeeinflussung und Wertaufhellung	455
2.5.5	Einzelfälle von Rückstellungen	456
2.5.5.1	Gewerbesteuerrückstellung	456
2.5.5.1.1	5/-Methode (bzw. 10/-Methode)	456
2.5.5.1.2	Divisormethode	457
2.5.5.1.3	Multiplikatormethode	459
2.5.5.1.4	Überzahlte Gewerbesteuer	459
2.5.5.1.5	Gewerbesteuer-Nachholungen	460
2.5.5.2	Garantierrückstellungen	461
2.5.5.3	Rückstellung für Jahresabschluß	462
2.5.5.4	Rückstellung für Prozeßrisiko und Prozeßkosten	462
2.5.5.4.1	Rückstellung für Prozeßrisiko	462
2.5.5.4.2	Rückstellung für Prozeßkostenrisiko	463
2.5.5.4.3	Rückstellung für Verletzung von Schutzrechten	463
2.5.5.5	Rückstellungen aus Arbeitsverhältnissen	464
2.5.5.5.1	Rückstellung für Gratifikationen und Tantiemen	464

2.5.5.5.2	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	465
2.5.5.5.3	Belastung durch laufende Dienstverträge	466
2.5.5.5.4	Rückstellungen für Leistungen auf Grund eines Sozialplanes	467
2.5.5.6	Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	467
2.5.5.6.1	Beschaffungsgeschäfte	467
2.5.5.6.2	Absatzgeschäfte	468
2.5.5.6.3	Dauerschuldverhältnisse	468
2.5.5.7	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen	469
2.5.5.7.1	Allgemeines	469
2.5.5.7.2	Wahlrecht	470
2.5.5.7.3	Vorübergehende Wertminderung bei Sachanlagen	470
2.5.5.7.4	Abraumbeseitigung	470
2.5.5.7.5	Künftig anfallende Instandhaltungsaufwendungen	470
2.5.5.7.6	Verpflichtungen zur Rekultivierung oder zum Abbruch	471
2.5.5.7.7	Rückstellung für Pachtanlagenerneuerung (Pachterneuerungs- rückstellung)	471
2.5.5.8	Rückstellungen für Haftungsrisiken (Eventualverbindlichkeiten)	473
2.5.5.8.1	Bürgschaften	473
2.5.5.8.2	Wechselobligo	473
2.5.5.8.3	Steuerschulden	474
2.5.5.9	Verbindlichkeiten gegenüber Handelsvertretern	475
2.5.5.9.1	Provisionsansprüche	475
2.5.5.9.2	Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB	475
2.5.6	Abzinsung bei Rückstellungen	476
2.5.7	Auflösung von Rückstellungen	476
2.5.8	Buchmäßige Behandlung der Rückstellungen	477
2.5.8.1	Erstmalige Bildung und Aufstockung	477
2.5.8.2	Verbrauch und Auflösung von Rückstellungen	477
2.5.8.3	Rückstellungen als ruhendes Konto	478
2.5.9	Nachholung von Rückstellungen	478
2.6	Pensionsrückstellungen	479
2.6.1	Allgemeines	479
2.6.2	Voraussetzungen	479
2.6.3	Zeitpunkt der Bildung	479
2.6.4	Höhe der Rückstellung	480
2.6.4.1	Teilwert	480
2.6.4.2	Zuführung und Nachholverbot	480
2.6.4.3	Ausnahmen vom Nachholverbot	480
2.6.4.4	Verteilung von Zuführungsbeträgen	481
2.6.4.5	Einzelbewertung	481
2.6.4.6	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz	481
2.6.5	Auflösung der Rückstellung	482
2.6.6	Sonderfälle	483
2.6.6.1	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Personengesellschaften	483
2.6.6.2	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften	484
2.6.6.3	Pensionszusagen an Arbeitnehmer-Ehegatten	484
2.6.6.4	Vorruhestandsleistungen	484
2.6.7	Rückdeckungsversicherung	484
2.7	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	485
2.7.1	Einnahmen vor dem Bilanzstichtag	485

2.7.2	Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag	485
2.8	Rücklagen	487
2.8.1	Offene Rücklagen	487
2.8.2	Stille Rücklagen (Reserven)	487
2.9	Steuerfreie Rücklagen	487
2.9.1	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (Rücklage für Ersatzbeschaffung) nach R 35 EStR	488
2.9.1.1	Allgemeines	488
2.9.1.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach R 35 EStR	488
2.9.1.2.1	Ausscheiden eines Wirtschaftsguts aus dem Betriebsvermögen	488
2.9.1.2.2	Ausscheidungsgründe	488
2.9.1.2.3	Leistung einer Entschädigung von dritter Stelle	489
2.9.1.2.4	Anschaffung oder Herstellung eines Ersatzwirtschaftsguts	491
2.9.1.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach R 35 EStR	491
2.9.1.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven	491
2.9.1.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein in demselben Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Ersatzwirtschaftsgut .	491
2.9.1.3.3	Bildung einer „Rücklage für Ersatzbeschaffung“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung im Folgejahr oder einem späteren Wirtschaftsjahr	493
2.9.1.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven	493
2.9.1.4.1	Einhaltung bestimmter Fristen	493
2.9.1.4.2	Ausweis in der Handelsbilanz	494
2.9.1.5	Besonderheiten	494
2.9.1.5.1	Anteilige Übertragung auf ein Ersatzwirtschaftsgut	494
2.9.1.5.2	Ausnahmeregelung bei bebauten Grundstücken für Grund und Boden und Gebäude	495
2.9.1.5.3	Beschädigung eines Wirtschaftsguts	496
2.9.1.5.4	Rücklage für Ersatzbeschaffung und Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe	497
2.9.1.5.5	Übertragung auf einen anderen Betrieb desselben Unternehmers	497
2.9.1.5.6	Einbeziehung von Zinsen in die Rücklage für Ersatzbeschaffung	497
2.9.1.5.7	Kein rückwirkender Wegfall der Steuervergünstigung nach R 35 EStR bei späterer Korrektur in der Handelsbilanz	498
2.9.1.6	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven im Rahmen von R 35 EStR für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschußrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG ermitteln	498
2.9.2	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven und Bildung einer Rück- lage für Reinvestitionen nach § 6b EStG	498
2.9.2.1	Allgemeines	498
2.9.2.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des § 6b EStG	498
2.9.2.2.1	Veräußerung von Wirtschaftsgütern	498
2.9.2.2.2	Begünstigte Wirtschaftsgüter und Dauer der Zugehörigkeit zum inländischen Betriebsvermögen	499
2.9.2.2.3	Umfang der übertragungsfähigen stillen Reserven	501
2.9.2.2.4	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven nur auf bestimmte Wirtschaftsgüter zulässig	502
2.9.2.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des § 6b EStG	505

2.9.2.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven	505
2.9.2.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein in demselben oder im vorangegangenen Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Wirtschaftsgut	506
2.9.2.3.3	Bildung einer „Rücklage nach § 6b EStG (Rücklage für Reinvestition)“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung in den folgenden Wirtschaftsjahren	508
2.9.2.3.4	Auflösung der steuerfreien Rücklage ohne Übertragung	509
2.9.2.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven bzw. Bildung einer steuerfreien Rücklage nach § 6b EStG	510
2.9.2.4.1	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG	510
2.9.2.4.2	Behandlung in der Buchführung	510
2.9.2.4.3	Gleiche Behandlung auch in der Handelsbilanz.....	510
2.9.2.5	Abschreibung für das Wirtschaftsgut, auf das aufgedeckte stille Reserven übertragen wurden	511
2.9.2.6	Übertragungsmöglichkeiten auf verschiedene Betriebe	511
2.9.2.7	Besonderheiten	513
2.9.2.7.1	Übertragungsmöglichkeiten bei Erweiterung, Ausbau und Umbau von Gebäuden und Schiffen	513
2.9.2.7.2	Bildung einer steuerfreien Rücklage bei einer Betriebsveräußerung	513
2.9.2.7.3	Besondere Voraussetzungen bei Übertragung auf Anteile an Kapitalgesellschaften	514
2.9.2.8	Übersicht über Unterschiede zwischen R 35 EStR und § 6b EStG	515
2.9.3	Andere steuerfreie Rücklagen	516
2.9.3.1	ZuschuBrücklage	516
2.9.3.2	Ansparrücklage	516
2.10	Wertberichtigungen	518
2.10.1	Wertberichtigungen zu Anlagevermögen	518
2.10.2	Wertberichtigungen auf Forderungen	519
2.10.3	Wertberichtigungskonto	519

K. Besonderheiten bei bestimmten Gewinn- und Verlust-Posten

1.	Umsatzerlöse und aktivierte Eigenleistungen	520
1.1	Umsatzerlöse und schwebende Geschäfte	520
1.2	Gewinnverwirklichung bei Umsatzerlösen	520
1.2.1	Gewinnverwirklichung bei Kaufverträgen	520
1.2.2	Gewinnverwirklichung bei Leistungen	521
1.2.3	Besonderheiten in der Bauwirtschaft	521
1.2.3.1	Unfertige Bauten	521
1.2.3.2	Noch nicht abgerechnete Bauten	522
1.2.4	Gewinnverwirklichung bei Handelsvertretern	522
1.3	Aktivierte Eigenleistungen	523
1.3.1	Bestandsveränderungen bei eigenen Erzeugnissen	523
1.3.2	Bestandsveränderungen bei Handelswaren	523
1.3.3	Andere aktivierte Eigenleistungen	523
2.	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	523
2.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	523
2.2	Aufwendungen für bezogene Waren (Wareneinsatz)	524

2.2.1	Buchmäßige Behandlung der Waren	524
2.2.2	Auswirkungen von Fehlbuchungen bei Waren	525
2.2.3	Auswirkung von Anschaffungspreisminderungen	526
3.	Löhne und Gehälter	527
3.1	Lohnbuchhaltung – Finanzbuchhaltung	528
3.2	Buchung von Lohnzahlungen	528
3.2.1	Lohnzahlung ohne Besonderheiten	528
3.2.2	Vermögenswirksame Leistungen und Arbeitnehmer-Sparzulagen	529
3.2.3	Abschlagszahlungen	530
3.2.4	Vorschüsse – Arbeitgeberdarlehen	531
3.2.5	Sachbezüge	533
4.	Provisionsaufwand und -ertrag durch Kommissionsgeschäfte	534
4.1	Allgemeines	534
4.2	Einkaufskommission	534
4.3	Verkaufskommission	537
5.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	541
5.1	Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapieren)	541
5.2	Erträge aus Dividendenzahlungen	543
5.3	Beteiligungserträge	546
6.	Diskontaufwand und -ertrag sowie Finanzkosten bei Wechsel- geschäften	547
6.1	Allgemeines	547
6.2	Der gezogene Wechsel	548
6.2.1	Verwertungsmöglichkeiten	548
6.2.2	Wechselsteuer	549
6.2.3	Wechsel und Umsatzsteuer	549
6.2.4	Buchungsbeispiele	549
6.2.5	Rechnungsabgrenzung bei Wechseldiskontierung	551
6.2.6	Wechselprolongation	551
6.2.7	Wechselprotest	552

L. Bilanzberichtigung und Bilanzänderung sowie Berichtigungstechnik und Mehr- und Wenigerrechnung

1.	Die Grundsätze der Bilanzberichtigung	554
1.1	Begriff	554
1.1.1	Unterscheidung und Abgrenzung zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	555
1.1.2	Nachträglich fehlerhafte Steuerbilanz aufgrund Änderung der Rechtsprechung	555
1.2	Unterscheidung zwischen verschiedeneartigen Fehlern	555
1.2.1	Abgrenzung zwischen objektiven und subjektiven Fehlern	556
1.2.2	Mögliche Bilanzierungsfehler	556
1.2.3	Mögliche Bewertungsfehler	557
1.3	Verhältnis des Grundsatzes des Bilanzenzusammenhangs zur Bilanzberichtigung	557
1.4	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzberichtigung	558
1.4.1	Pflicht des Steuerpflichtigen zur Bilanzberichtigung	558

1.4.2	Bilanzberichtigung in den Fällen, in denen die Steuerfestsetzungen noch nicht durchgeführt oder noch nicht bestandskräftig sind	558
1.4.3	Bilanzberichtigung bereits bestandskräftiger Steuerfestsetzungen	558
1.4.3.1	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO noch geändert werden können	558
1.4.3.2	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO nicht mehr änderbar sind	558
1.4.3.2.1	Fehlergruppe 1: Der Fehler hat sich bisher steuerlich noch nicht ausgewirkt	559
1.4.3.2.2	Fehlergruppe 2: Der Fehler hat sich bisher steuerlich ausgewirkt	561
1.4.3.2.2.1	Bilanzfehler als Bilanzierungs- und Bewertungsfehler bei Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	561
1.4.3.2.2.2	Bilanzfehler als Bilanzierungsfehler bei Wirtschaftsgütern ohne Betriebsvermögenseigenschaft bzw. bei privaten Entnahmevergängen	565
1.4.3.2.3	Fehlergruppe 3: Berichtigung der Anfangsbilanz eines noch änderbaren Veranlagungszeitraums unter Durchbrechung des Bilanzenzusammenhangs bei Verstößen gegen Treu und Glauben	566
1.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzberichtigung	567
2.	Die Grundsätze der Bilanzänderung	568
2.1	Begriff und allgemeine Voraussetzungen für eine Bilanzänderung	568
2.2	Zustimmung des Finanzamts erforderlich	569
2.3	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzänderung	569
2.4	Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz	570
2.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzänderung	571
3.	Technik der Bilanzberichtigung und Bilanzänderung in der Praxis und bei der Bearbeitung von Klausuren	571
3.1	Zusammenfassung der berichtigten und der nicht berichtigten Bilanzposten in einer berichtigten Bilanz (Prüferbilanz aufgrund einer Außenprüfung)	571
3.2	Berichtigung des Kapitals durch Saldierung der „Aktivposten lt. Prüferbilanz minus Passivposten lt. Prüferbilanz“	571
3.3	Ermittlung des Gewinns durch Bestandsvergleich aufgrund der berichtigten Ergebnisse	572
3.4	Auswirkungen der Berichtigung bzw. Änderung von Bilanzposten auf das Kapital und den Gewinn	572
4.	Die Mehr- und Wenigerrechnung (MWR)	572
4.1	Begriff, Wesen und Zweck der MWR	572
4.2	Verschiedene Methoden der MWR	573
4.3	Die Technik der MWR	574
4.3.1	Allgemeines	574
4.3.2	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der Bilanz-Methode	574
4.3.2.1	Getrennte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinnberichtigung nach der Bilanz-Methode	574
4.3.2.2	Integrierte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinnberichtigung nach der Bilanz-Methode	576

4.3.3	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der GuV-Methode	577
4.3.3.1	MWR nach der GuV-Methode unter Gegenüberstellung der bisherigen und richtigen bzw. geänderten Gewinnauswirkung	577
4.3.3.2	MWR nach der GuV-Methode unter Einbeziehung der Berichtigung des GuV-Postens (integrierte GuV-Posten-Berichtigung und Gewinnberichtigung)	578
4.3.4	Verwendung nur einer der beiden MWR-Methoden oder Anwendung beider Methoden?	579
4.3.5	Verwendung des amtlichen Vordrucks	579
4.4	Hinweise zur Bearbeitung von Klausuren	582
4.5	Weitere Fälle	582
4.6	Fälle zur Anpassung an einen Vorprüfungszeitraum	587

M. Betriebseröffnung, Betriebserwerb, Betriebsübertragung, Betriebsaufgabe

1.	Betriebseröffnung	596
2.	Betriebserwerb	596
2.1	Entgeltlicher Betriebserwerb	596
2.2	Unentgeltlicher Betriebserwerb	596
2.3	Teilentgeltlicher Betriebserwerb	596
3.	Betriebsübertragung und Betriebsaufgabe	600
3.1	Entgeltliche Betriebsübertragung	600
3.2	Unentgeltliche Betriebsübertragung	601
3.3	Betriebsaufgabe	601
3.4	Betriebsverpachtung	602
3.5	Weitere Abgrenzungen	603
3.6	Fälle	603
3.7	Forderungen und Schulden nach Betriebsveräußerung und -aufgabe ...	605

N. Verträge unter Verwandten

1.	Arbeitsverträge mit Ehegatten	607
1.1	Bürgerlich-rechtlich wirksame Vereinbarung	607
1.2	Durchführung wie unter fremden Dritten (steuerlicher Fremdvergleich)	607
1.3	Angemessenheit der Vergütungen	609
2.	Arbeitsverträge mit Kindern	609
3.	Andere Verträge unter nahen Angehörigen	610
3.1	Gesellschaftsverträge	610
3.2	Pachtverträge	610
3.3	Schenkungs- und Darlehensverträge	611
3.4	Nutzungsüberlassungsverträge	613

O. Besonderheiten bei Personengesellschaften

1.	Begriff der Mitunternehmerschaft	614
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht	614
1.2	Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerisiko	614

1.3	Keine Identität von Gesellschafter und Mitunternehmer	614
1.4	Mitunternehmerschaft nur am Gewerbebetrieb möglich	616
1.5	Einzelne Gesellschaftsformen	616
1.5.1	Offene Handelsgesellschaft (OHG)	616
1.5.2	Kommanditgesellschaft (KG)	616
1.5.3	Gewerblich tätige BGB-Gesellschaft (GbR)	617
1.5.4	Atypisch stille Gesellschaft	617
1.5.5	Atypisch stille Unterbeteiligung	618
1.5.6	Gütergemeinschaft	619
1.5.7	Erbengemeinschaft	619
1.5.8	Betriebsaufspaltung	619
2.	Besonderheiten im Rahmen der steuerlichen Gewinnermittlung ..	621
2.1	Unterschiede bei der Gewinnermittlung gegenüber Einzelbetrieben ...	621
2.1.1	Die Kapitalkonten	621
2.1.2	Die Privatkonten	622
2.1.3	Sonder- und Ergänzungsbilanzen	622
2.1.4	Der Mitunternehmererlaß	622
2.2	Umfang des Betriebsvermögens von Personengesellschaften	623
2.2.1	Gesamthandsvermögen	623
2.2.1.1	Notwendiges Betriebsvermögen	623
2.2.1.2	Gewillkürtes Betriebsvermögen	623
2.2.1.3	Notwendiges Privatvermögen	624
2.2.1.4	Grundstücke und Grundstücksteile	625
2.2.2	Sonderbetriebsvermögen	625
2.2.2.1	Begriff	625
2.2.2.2	Sonderbetriebsvermögen I	625
2.2.2.2.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen I	625
2.2.2.2.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen I	626
2.2.2.3	Sonderbetriebsvermögen II	626
2.2.2.3.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen II	626
2.2.2.3.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen II	627
2.3	Buchmäßige Behandlung des Sonderbetriebsvermögens	627
2.3.1	Laufende Geschäftsvorfälle im Sonderbetriebsvermögen	627
2.3.2	Sonderbetriebsvermögen und Gewinnfeststellung	629
2.4	Gewinnrealisierung bei der Übertragung von Wirtschaftsgütern	630
2.4.1	Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	630
2.4.1.1	Entgeltliche Veräußerung an Dritte oder an Mitunternehmer	630
2.4.1.2	Unentgeltliche oder teilentgeltliche Übertragung an Mitunternehmer ..	631
2.4.1.3	Übertragung in das Gesamthandsvermögen	631
2.4.1.3.1	Entgeltliche Veräußerung an die Personengesellschaft	631
2.4.1.3.2	Übertragung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	632
2.4.1.3.2.1	Folgen bei Teilwertansatz	634
2.4.1.3.2.2	Folgen bei Buchwertfortführung	634
2.4.1.3.2.3	Folgen bei Ansatz eines Zwischenwerts	635
2.4.1.4	Entnahme in das Privatvermögen	636
2.4.2	Übertragung von Gesamthandsvermögen	636
2.4.2.1	Übertragung in ein Sonderbetriebsvermögen	636
2.4.2.1.1	Entgeltliche Veräußerung	636
2.4.2.1.2	Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten	638
2.4.2.2	Übertragung in einen anderen Betrieb eines Mitunternehmers	638
2.4.2.3	Übertragung in das Privatvermögen	638

2.4.2.3.1	Entgeltliche Veräußerung	638
2.4.2.3.2	Unentgeltliche Übertragung	639
2.4.3	Übertragung von Privatvermögen ins Betriebsvermögen	639
2.4.3.1	Einlage ins Sonderbetriebsvermögen	639
2.4.3.2	Einbringung in das Gesamthandsvermögen	639
2.4.4	Übertragung von anderem Betriebsvermögen ins Gesamthands- vermögen	640
2.4.5	Vermögensübertragung und Umsatzsteuer	640
2.5	Vergütungen der Personengesellschaften an ihre Mitunternehmer oder umgekehrt für besondere Leistungen	641
2.5.1	Vergütungen an Mitunternehmer	641
2.5.1.1	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	641
2.5.1.2	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen	644
2.5.1.3	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	644
2.5.1.4	Vergütungen für Lieferungen durch Mitunternehmer	644
2.5.2	Leistungen der Personengesellschaften an ihre Mitunternehmer	644
2.6	Behandlung der Sonderbetriebsausgaben	645
2.7	Übertragung stiller Reserven zwischen Mitunternehmer und Personengesellschaft	645
2.7.1	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschafter auf Gesellschaft	646
2.7.2	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschaft auf Gesellschafter	646
2.8	Verlustberücksichtigung bei Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto (§ 15a EStG)	647
3.	Verteilung von Gewinn und Verlust und buchmäßige Behandlung	648
3.1	Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses	648
3.2	Verteilung von Gewinn und Verlust	648
3.3	Buchmäßige Behandlung	649
3.4	Beispielsfall	650
4.	Behandlung der Beteiligung eines Mitunternehmers im Betriebsvermögen seines Einzelbetriebes	653
5.	Besonderheiten bei der Gründung von Personengesellschaften	653
5.1	Bargründung	653
5.2	Sachgründung	654
5.3	Fälle des § 24 UmwStG	654
5.3.1	Teilwertansatz	655
5.3.2	Buchwertfortführung	656
5.3.3	Ansatz eines Zwischenwerts	660
5.4	Gründung von Personengesellschaften und Umsatzsteuer	661
6.	Besonderheiten beim Eintritt oder Ausscheiden eines Mitunternehmers	661
6.1	Aufnahme eines weiteren Mitunternehmers	661
6.2	Gesellschafterwechsel	661
6.2.1	Allgemeines	661
6.2.2	Kaufpreis über Buchwert	662
6.2.3	Personenbezogene Steuervorschriften	663
6.2.4	Kaufpreis unter Buchwert	664
6.3	Ausscheiden eines Mitunternehmers aus einer Personengesellschaft ...	665
6.3.1	Allgemeines	665
6.3.2	Handelsrechtliche (zivilrechtliche) Folgen	665

6.3.3	Ertragssteuerliche Folgen	665
6.3.3.1	Abfindung über Buchwert	665
6.3.3.2	Abfindung an lästige Gesellschafter	668
6.3.3.3	Abfindung unter Buchwert	669
6.3.3.4	Sachwertabfindung	671
6.3.3.5	Privat beeinflusste Abfindungen	672
6.3.3.5.1	Ausscheiden über Teilwert	672
6.3.3.5.2	Ausscheiden unter Buchwert	673
6.3.3.6	Ausscheiden eines Gesellschafters und Umsatzsteuer	673
7.	Realteilung	673
7.1	Begriff	673
7.2	Steuerliche Folgen	673
7.2.1	Versteuerung eines Aufgabegewinns	674
7.2.2	Buchwertfortführung	675
7.2.2.1	Einfache Buchwertfortführung	675
7.2.2.2	Kapitalkontenangleichung	675
7.2.3	Realteilung mit Spitzenausgleich	677
7.2.3.1	Spitzenausgleich und Teilwertansatz	677
7.2.3.2	Spitzenausgleich und Buchwertfortführung	677
7.2.4	Ansatz eines Zwischenwerts	680
8.	Besonderheiten bei der GmbH & Co KG	680
8.1	Allgemeines	680
8.2	Betriebsvermögen der GmbH & Co KG	680
8.3	Gewinnverteilung bei der GmbH & Co KG	681
8.3.1	Vertragliche Gewinnverteilung	681
8.3.2	Erträge aus Sonderbetriebsvermögen	681
8.3.3	Verdeckte Gewinnausschüttungen	681
8.4	Tätigkeitsvergütung für Geschäftsführer	682
8.4.1	Kommanditist als Geschäftsführer	682
8.4.2	Fremder Geschäftsführer	683
8.4.3	Geschäftsführer und „doppelstöckige“ GmbH & Co KG	683
9.	Besonderheiten bei der typischen stillen Gesellschaft	684
9.1	Allgemeines	684
9.2	Behandlung der stillen Einlage beim Betriebsinhaber	684
9.3	Behandlung beim stillen Gesellschafter	684
9.4	Stille Beteiligung und Gewerbesteuer	685

P. Besonderheiten beim Abschluß von Kapitalgesellschaften

1.	Grundlegende Unterschiede zur Personengesellschaft	686
1.1	Die Kapitalkonten	686
1.1.1	Gezeichnetes Kapital	687
1.1.2	Kapitalrücklagen	687
1.1.3	Gewinnrücklagen	687
1.1.4	Gewinn- bzw. Verlustvortrag – Jahresüberschuß bzw. -fehlbetrag	687
1.2	Personensteuern	688
1.2.1	Personensteuern als Aufwand	688
1.2.2	Körperschaftsteuerrückstellung	689
1.2.3	Steuernachzahlungen und -erstattungen	689

2.	Besondere Gliederungsvorschriften für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	690
2.1	Die Bilanzgliederung nach § 266 HGB	690
2.2	Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 275 HGB ..	691
2.3	Der Anhang	691
2.4	Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften	692
2.4.1	Größenklassen	692
2.4.2	Verkürzte Bilanz	693
3.	Besondere Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften	694
3.1	Sonderposten mit Rücklageanteil	694
3.1.1	Inhalt des Postens	694
3.1.2	Buchungsprobleme bei Sonderposten mit Rücklageanteil	695
3.2	Steuerabgrenzung gemäß § 274 HGB (latente Steuern)	696
3.2.1	Passive (passivische) Steuerabgrenzung	696
3.2.1.1	Rückstellung für latente Steuern	697
3.2.1.2	Höhe der Rückstellung	697
3.2.2	Aktive (aktivische) Steuerabgrenzung	698
3.2.3	Saldierung der latenten Steuern	698
3.3	Besondere Bewertungsvorschriften	698
3.3.1	Abschreibungen	698
3.3.2	Wertaufholungsgebot	699
4.	Konzernabschluß	700
5.	Genossenschaften	700
6.	Steuerbilanz und steuerliche Ausgleichsposten	700
6.1	Steuerbilanz	700
6.2	Steuerliche Ausgleichsposten „Mehrkapital“ und „Minderkapital“	701
7.	Buchung der Gewinnverwendung	702

Q. Besonderheiten bei Umwandlungen und Verschmelzungen von Gesellschaften

1.	Begriff der Umwandlung und Abgrenzung zur Verschmelzung ...	704
2.	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine andere Personengesellschaft	704
3.	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine GmbH	704
3.1	Zeitpunkt der Sacheinlage	704
3.2	Steuerliche Folgen der Umwandlung bzw. Einbringung	705
3.2.1	Buchwertfortführung	706
3.2.1.1	Folgen für die Einbringenden	706
3.2.1.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	706
3.2.2	Teilwertansatz	707
3.2.2.1	Folgen für die Einbringenden	707
3.2.2.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	707
3.2.3	Ansatz eines Zwischenwerts	708
3.2.3.1	Folgen für die Einbringenden	708
3.2.3.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	708
3.3	Veräußerung der Gesellschaftsanteile	709
3.4	Umwandlung und Umsatzsteuer	710
3.5	Sonstiges	710

4.	Verschmelzung von Personengesellschaften	711
5.	Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft	711
5.1	Rechtslage bis 31. Dezember 1994	712
5.1.1	Steuerliche Schlußbilanz	712
5.1.2	Übertragung des GmbH-Vermögens auf die Personengesellschaft	712
5.1.3	Steueranrechnung bei der Personengesellschaft	713
5.1.4	Sonstiges	714
5.2	Rechtslage ab 1. Januar 1995	714
5.2.1	Wahlrechte	714
5.2.1.1	Buchwertansatz	715
5.2.1.2	Teilwertansatz	715
5.2.1.3	Zwischenwertansatz	715
5.2.2	Weitere Folgen für die Übernehmenden	715
	Stichwortverzeichnis	717